



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 04.09.2025
*öffentlich***

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:54 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Philipp Pieloth	Ausschussvorsitzender SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Paul Backmund	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Claudia Schmidt	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Ulrike Wölfel	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Ute Haupt	Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Friedemann Raabe	Fraktion Volt/MitBürger
Yvonne Krause	Fraktion der Freien Demokraten (FDP) / FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle (Saale)
Steffen Kohlert	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Uwe Kramer	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Anna Manser	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Daniel Becker	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Hendrik Kluge	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
René Moses	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Nico Teschner	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Mirko Petrick	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Robert Schönrok	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Franziska Blath	stellv. stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Ulrike Pilz	stellv. stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

Verwaltung:

Katharina Brederlow	Beigeordnete Bildung und Soziales
Alexander Frolow	Leiter Fachbereich Bildung
Annika Seidel-Jähnig	Referentin Geschäftsbereich Bildung und und Soziales
Michael Gerstner	Bildungsmanager
Matthias Rantzsch	Regionale Koordination
Matthias Klinger	Netzwerkkoordinator Schulerfolg für Halle
Simone Trettin	Leiterin Abteilung Stadtentwicklung
Constanze Heinemann	Koordinatorin Jugendsozialarbeit
Stefanie Goy	Jugendhilfeplanerin
René Lukas	Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Dr. Gaby Hayne	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tobias Heinicke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Christof Starke	stimmberechtigtes Mitglied im

Jerome Deubel	Jugendhilfeausschuss
Dr. Toralf Fischer	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Johannes-Michael Gläser	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Andreas Methner	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Elias Mischke	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Max Nordhaus	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tatjana Privorozkaya	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Daniela Suchantke	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Susanne Willers	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Pieloth eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Da es keine Wortmeldungen gab, rief **Herr Pieloth** zur Abstimmung der Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt.

öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Kinder- und Jugendsprechstunde
5. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 05.06.2025
- 5.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift von der Sondersitzung am 24.06.2025
6. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
7. Beschlussvorlagen
- 7.1. Zweite Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2023/24 bis 2027/28 - berufsbildende Schulen
Vorlage: VIII/2025/01116
- 7.2. Fortführung der Umsetzung der Maßnahme "Dezentrale Jugendbüros in der Stadt Halle (Saale)" in Kooperation mit dem Jobcenter Halle (Saale) zur Beratung und Begleitung von individuell benachteiligten oder schwer erreichbaren jungen Menschen, gemäß der Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale) 2026 - 2029
Vorlage: VIII/2025/01323
8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 8.1. Antrag der Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale) zur Ausstattung öffentlicher Spielplätze mit inklusiven Spielgeräten
Vorlage: VIII/2025/00924
- 8.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion

- DIE LINKE zur Ausstattung öffentlicher Spielplätze mit inklusiven Spielgeräten; BV VIII/2025/00924 Vorlage: VIII/2025/01325
- 8.1.1.1 Änderungsantrag der Fraktion Volt / MitBürger zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Ausstattung öffentlicher Spielplätze mit inklusiven Spielgeräten (BV: VIII/2025/00924)
Vorlage: VIII/2025/01611
 - 8.2. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion auf Benennung des Schülerwohnheims der Stadt Halle (Saale) nach Heiko Runge
Vorlage: VIII/2025/01175
 - 8.3. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion das Gesamtkonzept der Einrichtung des DRK in der Paul Singer Straße betreffend
Vorlage: VIII/2025/01295
 9. Mitteilungen
 - 9.1. Bericht über den aktuellen Umsetzungsstand im Projekt Regio Aktiv Vorlage: VIII/2025/01081
 - 9.2. Handlungsempfehlungen des Bildungsbeirates Halle (Saale) zur Unterstützung außerschulischen Lernens
Vorlage: VIII/2025/01508
 - 9.3. Bericht Schulsozialarbeit und Netzwerkstelle Schulerfolg für Halle - Berichtszeitraum 01.09.2024 - 31.08.2025
Vorlage: VIII/2025/01559
 - 9.4. Zwischenstand zum Stadtratsbeschluss VII/2023/05529 der Fraktion MitBürger & Die PARTEI und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für einen fairen Zugang zur Kindertagesbetreuung für benachteiligte Kinder
Vorlage: VIII/2025/01579
 10. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
 11. Anregungen

nicht öffentlicher Teil

12. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 05.06.2025
- 12.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift von der Sondersitzung am 24.06.2025
13. Beschlussvorlagen
14. Anträge von Fraktionen und Stadträten
15. Mitteilungen
16. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
17. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

zu 3.1 Fragesteller zur Vormundschaftsrechtform

Der Fragesteller 1 erkundigte sich, ob im Rahmen der Vormundschaftsrechtsreform eine Koordinierungsstelle in der Stadt Halle geplant ist. Er betonte, dass mit der Reform auf die Stärkung der Vormundschaft außerhalb der Amtsvormundschaft Wert gelegt wird. Er fragte, wie die Stadt Halle diesen Umstand berücksichtigt.

Herr Frolow teilte mit, dass Gespräche über die Umsetzung einer Koordinierungsstelle in Halle (Saale) sowie über die Förderung ehrenamtlicher Vormundschaften durch freie Träger geführt werden. Das Thema sei komplex, daher schlägt er vor, es in einer Informationsvorlage erneut aufzuarbeiten und dann im Jugendhilfeausschuss vorzustellen.

Fragesteller 1 erkundigte sich, warum die Stadt Halle (Saale) hinter anderen Städten zurückliegt, obwohl andere bereits Koordinierungsstellen eingerichtet haben.

Herr Frolow antwortete, dass es aktuell keine Nachteile wegen einer fehlenden Koordinierungsstelle in der Stadt Halle (Saale) gibt. Er bemerkte, dass jedoch Koordinierungsstellen Verbesserungen bringen würden und der Gesetzgeber auf schnellere Bearbeitung hofft. Derzeit seien keine akuten Behandlungsbedarfe im Vormundschaftswesen vorhanden. Es werden Gespräche geführt, unter anderem zu inklusiven Finanzierungsfragen. **Herr Frolow** bat hierbei den erhöhten Zeitfaktor zu berücksichtigen.

zu 3.2 Fragesteller zum Nachtragshaushalt 2025

Der Fragesteller 2 erwähnte, dass im Oktober ein Nachtragshaushalt erwartet wird. Der Jugendhilfeausschuss setzt sich für Vergaben von Fördermitteln und Förderungen im weiteren Sinne ein. Er erkundigte sich, ob durch den Nachtragshaushalt Auswirkungen auf die Arbeit des Geschäftsbereichs Jugendhilfe erwartet werden. Des Weiteren stellte er fest, dass das Haushaltsjahr 2026 voraussichtlich mit einem Defizit- bzw. Verlustvortrag ins neue Jahr beginnen wird. In diesem Kontext stehen erneut Vergaben, Förderungen, Beihilfen und Ähnliches zur Disposition. Er fragte, welche Auswirkungen des Nachtragshaushalts auf den Haushalt 2026 zu erwarten sind.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass der Nachtragshaushalt noch in der Erarbeitung ist und daher keine konkreten Details dargelegt werden können. Grund für den Nachtragshaushalt sind hauptsächlich gestiegene Sozialleistungen. Sie bemerkte, dass der Bildungsbereich und die offene Kinder- und Jugendhilfe nicht wesentlich betroffen sind. Dagegen sind die pflichtigen Bereiche, insbesondere Hilfen zur Erziehung betroffen. **Frau Brederlow** sagte, dass es sich um einen großen Ausgabeposten handelt, der bundesweit hohe Steigerungen verzeichnet, was den Nachtragshaushalt maßgeblich antreibt. Diese Entwicklung hat Auswirkungen auf den Haushalt 2026. Des Weiteren lässt der Gesetzesbereich wenig Gestaltungsspielraum und das hat Folgen für den Haushalt im Jahr 2026. Konkrete Ausgestaltungen des Haushalts 2026 können zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht genannt werden, da der Prozess noch im Entstehen ist.

Der Fragesteller 2 bat darum, eine Fokussierung auf den Sozialbereich hinsichtlich der Fragen zum Nachtragshaushalt vorzunehmen. Er fragte, ob dieses Thema im kommenden Haushalt in der Debatte eine Rolle spielen wird.

Frau Brederlow hält die bisherigen Behauptungen für unbewiesen. Sie sagte, dass der Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss vom Nachtragshaushalt nicht betroffen sein wird. Ausschlaggebend ist der Bereich Jugendhilfe. Für 2026 könnte es Auswirkungen geben, insbesondere auf die Verteilung der Mittel zwischen pflichtigen und freiwilligen Bereichen innerhalb des Sozialen, die im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss verhandelt werden.

zu 4 Kinder- und Jugendsprechstunde

Herr Pieloth wies darauf hin, dass er zusammen mit dem Unterausschussvorsitzenden Herrn Kramer und der Beigeordneten Frau Brederlow weiterführende Schulen informiert hat, dass es eine Kinder- und Jugendsprechstunde gibt. Diese Sprechstunde kann im Rahmen des Sozialkundeunterrichts besucht werden. Um den Ablauf und eine Sitzung besser nachvollziehen zu können, bieten er und Herr Kramer an, bereits ab 16 Uhr vor Ort zu erscheinen, sobald sich jemand anmeldet, um eine Einführung zu geben und die Sitzungen besser einordnen zu können.

Es gab keine Fragen zur Kinder- und Jugendsprechstunde.

zu 5.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift von der Sondersitzung am 05.06.2025

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 05.06.2025, sodass diese von den Ausschussmitgliedern bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 5.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift von der Sondersitzung am 24.06.2025

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 24.06.2025, sodass diese von den Ausschussmitgliedern bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 6 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es gab keine Bekanntgabe von gefassten Beschlüsse in der nicht öffentlichen Sitzung.

zu 7 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 7.1 Zweite Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2023/24 bis 2027/28 - berufsbildende Schulen Vorlage: VIII/2025/01116

Frau Brederlow brachte die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Frau Schmidt sagte, dass sie erwartet, dass es im kommenden Bildungsausschuss keine großen Diskussionspunkte zur Beschlussvorlage geben wird. Sie sieht es eher als eine Formalie an.

Es gab keine Wortmeldungen, sodass Herr Pieloth um Abstimmung der Beschlussvorlage bat.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt, die Aufnahme folgender neuer Bildungsgänge in den Schulentwicklungsplan der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2023/24 bis 2027/28 für berufsbildende Schulen:

- Einjährige Berufsfachschule ohne beruflichen Abschluss – Fachrichtung Wirtschaft, Schwerpunkt Verkauf an der BbS III „J. C. v. Dreyhaupt“ und
- Fachschule Wirtschaft mit der Fachrichtung Betriebswirtschaft und den Schwerpunkten Marketing, Finanz- und Personalwirtschaft an der BbS IV „F. List“

zu 7.2 Fortführung der Umsetzung der Maßnahme "Dezentrale Jugendbüros in der Stadt Halle (Saale)" in Kooperation mit dem Jobcenter Halle (Saale) zur Beratung und Begleitung von individuell benachteiligten oder schwer erreichbaren jungen Menschen, gemäß der Jugendhilfeplanung der Stadt Halle (Saale) 2026 – 2029 Vorlage: VIII/2025/01323

Herr Frolow brachte die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese. Er wies auf die dazugehörige Berichterstattung am 08.05.2025 im Jugendhilfeausschuss hin.

Frau Schmidt wies darauf hin, dass eine neue Gewichtung innerhalb der Gebiete und Büros gefordert wird. Sie stellte fest, dass keine Umverteilung, sondern ein Aufwuchs von 0,8 Vollzeitäquivalenten vorliegt. Sie erkundigte sich, wie viel Aufwuchs das pro Jahr bedeutet.

Herr Frolow teilte mit, dass dazu eine Beschlusslage aus dem Jahr 2024 besteht. Der aktuelle Aufwuchs ist kein neues Vorhaben zur Haushaltskonsolidierung, sondern die Umsetzung dessen, was bereits beschlossen worden ist. Es geht um das Rahmenkonzept und die Fördermittelrichtlinie für die Vorbereitung auf die nächste Förderperiode. Er teilte mit, dass es im alten Rahmenkonzept entsprechend diesen Aufwuchs gibt und dieser bereits in der Umsetzung ist.

Herr Heym betonte, dass es sich hierbei um ein wichtiges Thema handelt. Er berichtete, dass er vor Kurzem mit seiner jüngsten Tochter gesprochen habe und diese ihm schilderte, dass aus ihrer Klasse immer noch signifikant viele Jugendliche auf Ausbildungssuche sind. Dieses Feedback bestärkt ihn darin, dass es Lösungen geben muss, weil sonst soziale Verwerfungen entstehen könnten, die später auf die Gesellschaft zurückfallen würden. Sein Anliegen ist es, dieses Thema nicht zu überfordern, sondern nachhaltige, gemeinsame Ansätze zu finden, um die Situation dauerhaft zu verbessern.

zu 8 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 8.1 Antrag der Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale) zur Ausstattung öffentlicher Spielplätze mit inklusiven Spielgeräten Vorlage: VIII/2025/00924

Auf Antrag des Stadtrates Herrn Heym wurde zu folgendem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Pieloth

Kommen wir zu den Anträgen von Fraktionen und Stadträten. 8.1 Antrag der Fraktion Die Linke im Stadtrat zur Ausstattung öffentlicher Spielplätze mit inklusiven Spielgeräten. Hierzu gibt es noch zwei weitere Änderungsanträge, die Antragsteller können einbringen. Ich würde mit der Linken beginnen, dann mit den Grünen und dann mit Fraktion Volt/MitBürger in dieser Reihenfolge. Bitte.

Frau Haupt

Ich mache es doch ganz kurz, weil wir ja hier schon mal im letzten Jugendhilfeausschuss eingebracht haben, da noch mal vertagt haben. Eigentlich ist der Antrag aus unserer Sicht zumindest selbsterklärend. Es geht einfach darum, tatsächlich uns selber ernst zu nehmen, auch bei Spielplätzen darauf zu achten, dass die Inklusion hier gewahrt wird. Und die Verwaltung sagt zwar, dass sie auch denkt, dass das schon alles mit in dieser Planung drin ist, aber ich denke, es ist keine Selbstverständlichkeit. Wir wollen hier noch mal mit Nachdruck und tatsächlich in jedem Stadtbezirk, dass die Kinder, wie gesagt, auch dort überall diese Inklusion spüren und gemeinsam auch spielen können, noch mal unterstreichen. Und wir sehen die Chancen auch mit den Änderungsanträgen, aber ich denke, die beiden sollten erst mal dazu was sagen. Ich würde mich dann noch mal zu Wort melden nach der Vorstellung.

Herr Pieloth

Frau Ranft, bitte.

Frau Ranft

Vielen Dank. Verzeihen Sie mir, ich muss ablesen. Unser Änderungsantrag beinhaltet, dass wir bei der Fortschreibung der Spielflächenkonzeption, dass wir uns da das Ziel geben, dass in jedem Stadtteil ein Spielplatz mit einem inklusiven Spielgerät entsteht und dass weiterhin die Liste der Standortvorschläge auf den öffentlichen Spielplätzen mit mindestens einem inklusiven Spielgerät in bisher unversorgten Stadtteilen vorgelegt werden. Und wir möchten auch, dass der Kinder- und Jugendrat sowie der Behindertenrat dabei einbezogen werden. Ich hatte jetzt schon von Frau Haupt eben, als ich kam, die Signale vernommen, dass die Linke unseren Änderungsantrag gegebenenfalls übernehmen würde. Und das würde mich natürlich sehr freuen und dann bitte ich um Zustimmung.

Herr Pieloth

Herr Raabe, bitte.

Herr Raabe

Ja, unser Änderungsantrag versucht, den Geist der beiden Vorgängeranträge auch wirklich einfach nur aufzunehmen. Wir unterstützen das Ansinnen ausdrücklich, möchten nur noch eins draufsetzen und uns noch etwas mehr, also nicht nur mit einem inklusiven Spielgerät, zufriedengeben, sondern tatsächlich direkt mit einem Blick auch auf die Planung des inklusiven Spielquartierspielplatzes in der Südstadt orientieren.

Und mit dem Ziel, dass in jedem ISEK-Raum in einer für die Familien vertretbaren Entfernung ein umfassendes, inklusives Angebot erreicht werden kann. Dabei wollen wir auch noch prüfen lassen, ob wir das mit Mitteln aus der Aktion „Stück zum Glück“, wo bereits deutschlandweit über 50 mustergültig gestaltete Spielplatzprojekte finanziert wurden, ob wir uns da nicht auch noch etwas finanzielle Unterstützung holen können. Dementsprechend warte ich jetzt noch drauf, dass auch positive Signale von Seiten der Linken kommen. Vielen Dank.

Herr Pieloth

Gut, ich habe jetzt auf der Rednerliste Frau Haupt und dann Herrn Heym.

Frau Haupt

Gut, hier gab es gerade noch mal Verständigung. Wir haben tatsächlich in der Fraktion am Montag schon mal besprochen und da haben wir schon gesagt, dass wir den Antrag der Grünen übernehmen. Da sich in dem Antrag jetzt von der Fraktion Volt/MitBürger, vor allen Dingen der letzte Punkt nochmal geändert hat, dieses nochmal draufsetzen, haben wir das heute kurzfristig geprüft und sehen das als wirklich eine Erweiterung unseres Antrages. Es ist ja auch ein Prüfantrag, der sich dahinter bezieht, und wir haben gesagt, das wäre tatsächlich eine gemeinsame Aktion, die wir hier machen können. Also insofern, ja, kann ich im Namen unserer Fraktion sagen, wir würden die Anträge übernehmen, würden einen Antrag daraus machen. Und würden das dann hier zur Abstimmung stellen und als gemeinsame Kraft, sage ich mal, versuchen diesen Antrag dann auch im Stadtrat umzusetzen. Also, wir würden beide übernehmen.

Herr Pieloth

Vielen Dank. Gut, vielen Dank. Ich habe Herrn Heym und dann kommt Frau Trettin für die Verwaltung.

Herr Heym

So, dann lege ich mal los. Das Anliegen an sich ist unterstützenswert. Aus allen drei Anträgen ist Nektar zu ziehen. Es ist aber auch Kritik zu äußern. Der Änderungsantrag der Grünen hat in einer erfrischenden Art und Weise viel Einfachheit und Klarheit in das Vorhaben formuliert.

Der ist aus unserer Sicht sehr zielführend und aber insoweit offen, dass die Verwaltung da tatsächlich viel Spielraum hat, mit umzugehen. Er schränkt uns nicht ein und formuliert trotzdem eine Erwartung und eine Forderung. Also diese Formulierung gefällt uns gut. Was uns nicht gefällt oder wo wir uns fragen, warum das so formuliert wurde in den Änderungsanträgen, ist der Ausschuss, also unser Ausschuss, wir beraten das Thema heute explizit von der weiteren Befassung dann herausgenommen ist. Da hätte ich gern erfahren, was der Grund ist, warum man das für notwendig hält. Diesen Änderungsantrag von Volt, der ist interessant. Interessant deshalb, weil ja dieses Projekt REWE betreut, gibt mit diesen Bewerbungen, wo man sich quasi bewerben kann, um einen inklusiven Spielplatz bauen zu lassen und dann entsprechend aus Spenden quasi die Mittel generiert.

Von daher ist diese Idee auch positiv zu betrachten. Allerdings frage ich mich an der Stelle, warum man diese reißerische Formulierung mit der Strahlkraft über die Stadtgrenzen hinaus gewählt hat. Weil hier macht man sich erstens eine Erwartung zu eigen, von der man ja gar nicht weiß, ob der Fördermittelgeber oder derjenige, der diese Spenden verwaltet, dieser

Erwartung gerecht werden kann. Aus meiner Sicht wäre uns in der Stadt ja schon viel geholfen, wenn wir hier jemanden hätten, der mit uns gemeinsam entsprechende Projekte angeht. Die müssen dann nicht 150 Kilometer weiter noch in allen Tönen gelobt werden. Das ist aus unserer Sicht ein bisschen zu reißerisch. An der Formulierung stören wir uns. Die Idee grundsätzlich ist unterstützenswert. Sollte diese reißerische Formulierung erhalten bleiben, würden wir uns vermutlich dann enthalten. Ansonsten könnten wir durchaus diesem kompletten Anliegen zustimmen.

Herr Pieloth

Gut, vielen Dank. Frau Trettin für die Verwaltung, bitte.

Frau Trettin

Ja, vielleicht nochmal die Sicht zu allen drei Anträgen jetzt mal gleich komplett im Paket. Wir liegen überhaupt nicht so weit auseinander, denke ich. Vielleicht von dem, was wir machen und was wir in der Spielflächenkonzeption und auch im ISEK schon verankert haben, ist vieles von dem, was Sie jetzt in Ihren Anträgen formuliert haben, bereits enthalten. Es präzisiert es zum Teil nochmal, was wir sehr durchaus positiv finden und unterstützen würden. Gerade auch die Regelung, wenn Sie sagen, Sie wollen in jedem Stadtteil ein inklusives Spielgerät auf einem Spielplatz haben, sodass wir also zu einer gleichmäßigen Verteilung kommen, ist das etwas, was unser Verwaltungshandeln einfach nur nochmal untersetzt und in eine geordnete Bahn führt. Zu den großen inklusiven Spielplätzen, die also mehr als ein Spielgerät haben,

wo der Spielplatz nach unserer Lesart, also primär, diesen inklusiven Charakter und Gedanken tragen soll, wie jetzt zum Beispiel die Grünvernetzung Südstadt, haben wir uns in der letzten Überarbeitung der Spielflächenkonzeption und auch im ISEK bereits verpflichtet, in jedem ISEK-Teilraum einen solchen großen, zentralen Spielplatz zu schaffen. Wir haben mittlerweile zwei realisiert und wir haben zwei, die wir in der nächsten Zeit umsetzen werden.

Der eine ist schon ein Stückchen weiter. Der lag ihnen als Beschlussfassung schon vor. Das ist die Grünvernetzung in der Südstadt, den zweiten fangen wir gerade an, das wäre in Heiden-Nord. Wir haben den Osten noch offen. Das hängt zum Beispiel auch daran, dass wir im Osten überhaupt keinen adäquaten Standort haben, die wir entwickeln könnten. Das wäre das erste Problem, was wir hätten. Und aus unserer Sicht wäre es eigentlich auch erst mal zielführend, diese gleichmäßige, flächige Verteilung überhaupt erst mal zu schaffen. Also in jedem ISEK-Gebiet, Norden, Süden, Osten, Westen und in der Mitte. Einen dieser großen inklusiven Spielplätze herzustellen, bevor wir uns, so Punkt 3 Ihres Änderungsantrags, darüber Gedanken machen, noch einen oben drauf zu setzen. Der auch noch Strahlkraft über die Stadt Halle hinaus hat. Also da sind wir auch so, wo ich sage, unser Auftrag ist die Versorgung, die Spielflächenversorgung der Stadt Halle. Das ist das, was ich leisten muss und das ist schwierig genug, das hinzubekommen. Da muss ich also nicht noch für das Umfeld was tun. Die Anregung, die Sie haben, und das ist nämlich auch das Thema, was wir auch im Osten genauso sehen würden, wir brauchen außerhalb der Städtebauförderkulissen andere Gelder. Also wir sind auf externe Förderung, weil wir es allein im Haushalt aus Eigenmittel hinkriegen, angewiesen. Von daher danke auch nochmal für diese Anregung. Ich war eher so bei Lotto-Toto, aber dass das auch noch eine Option ist, danke für die Anregung. Aber ganz klar gesagt, wenn Sie bei dieser Formulierung so bleiben, würden wir diesen dritten Punkt ablehnen. Wir haben es von dir schriftlich, vielleicht kann man ja nochmal drüber nachdenken.

Herr Pieloth

Herr Raabe, bitte.

Herr Raabe

Ja, unser dritter Punkt, ich hätte nicht gedacht, dass der, also ich würde nicht sagen, dass der dritte Punkt jetzt in der Form, wie es gerade dargestellt wurde, gegen die Pläne der Verwaltung erstmal eine gleichmäßige Verteilung der Spielplätze zu erreichen, dass der in irgendeiner Form dagegenspricht und dass sie sich jetzt darauf konzentrieren müssten, bevor wir es geschafft haben, das Stadtgebiet zu versorgen, beide vorherigen Punkte vorweggreifen bzw. behindern würde oder wir der Verwaltung jetzt eine unzumutbare Parallelaufgabe mitgeben würden, sondern die zwei ersten Punkte sind auf jeden Fall prioritär zu behandeln und das Prüfergebnis des Prüfauftrages würden wir uns dann natürlich freuen. Und wenn wir dann noch eine zusätzliche Möglichkeit der Finanzierung mit anbieten konnten, die die Stadt vorher noch nicht so auf dem Plan hatte, dann freut uns das natürlich und das machen wir natürlich gerne.

Herr Pieloth

Frau Ranft, bitte.

Frau Ranft

Ich kann das nur unterstützen. Ich werde auch den Änderungsantrag übernehmen und vielleicht das Beispiel mit der Strahlkraft. Ich kam jetzt gerade aus Neustadt und die Neustädter Schulen hatten jetzt einen Termin mit dem Bildungsminister und da hatte er noch mal erwähnt, dass das Lyonel-Feiningergymnasium ja den deutschen Schulpreis, also da auch einen Preis, gewonnen hat. Und das strahlt ja auch aus und die Schule ist ja auch nur für hallische Kinder. Natürlich ist es ein bisschen Birnen mit Äpfeln vergleichen, das ist mir auch klar. Aber vielleicht sollten wir uns jetzt, wie Herr Raabe sagte, an diesem Strahlcharakter jetzt nicht aufhalten. Das ist ja vielleicht auch so gemeint, es strahlt so dolle, dass andere das nachmachen sozusagen. Und nicht, dass wir für das Umland primär zuständig sind, sondern es strahlt ebenso. dass andere sagen, was haben die Tolles in Halle. Vielleicht gewinnen wir dann auch damit einen Preis oder so. Ich übertreibe jetzt ein bisschen, aber so hätte ich das jetzt verstanden. Deswegen übernehme ich den Änderungsantrag, Frau Haupt übernimmt quasi den und dann brauchen wir nur einmal abstimmen.

Herr Pieloth

Ich habe Herrn Petrick.

Herr Petrick

Ich würde noch ergänzende Infos geben aus Sicht Verwaltung. Vielleicht nochmal so zur Information. Es gibt innerhalb der Verwaltung eine verwaltungsinterne AG Spielplätze. Da sind wir als Kinder- und Jugendbüro mit den Mitarbeitern drin. Da ist die Sozialplanung drin, da sind die vom Grünflächenamt drin, Freiraumplaner, Stadtplaner. Wir gucken da schon gemeinschaftlich drauf. Also der Kinder- und Jugendrat ist darüber mit einbezogen, unabhängig vom Spielplatz- und Bolzplatz-Tester, den der Kinder- und Jugendrat macht. Insofern sind die bereits mit einbezogen. Und wir haben das sicherlich nicht schriftlich verbrieft, aber, wenn wir irgendwo Spielplätze neu bauen, dann machen wir das konsequent mit Beteiligung derjenigen, die dort in der Nähe sind. Also, das ist nichts Neues, das machen wir alles schon. Nur so als ergänzende Infos.

Herr Pieloth

Frau Brederlow, bitte.

Frau Brederlow

Ja, da auch nur noch ergänzend, das haben wir ja hier auch im Jugendhilfeausschuss schon öfter gehabt, dass Sie auch berichtet haben, beziehungsweise der Kinder- und Jugendrat berichtet hat, von seinen Aktivitäten bezogen auf gerade Spielplätze. Ich will nur eine Korrektur machen, Frau Ranft, das Lyonel-Feiningergymnasium hat den Preis noch nicht,

die Preisverleihung ist am 30. und Sie sind im Rennen derjenigen, die ihn gewinnen könnten. Sie sind unter den besten Schulen des Landes. Ja, bloß nicht, dass das hier falsch ankommt.

Herr Pieloth

Herr Heym, bitte.

Herr Heym

Ja, ich glaube, der Vergleich ist nicht so ganz zutreffend oder die Erwartung. Also das Feininger-Gymnasium hat in seiner Arbeit derart überzeugt, dass es halt an diesem Wettbewerb Teil mit einem engeren Favoritenkreis ist. Das ist ein Unterschied, ob wir hier uns mit bestimmten Formulierungen soweit aus dem Fenster lehnen und Beifall heischend an die Öffentlichkeit gehen.

Ich plädiere für eine gewisse Bescheidenheit im Vorhaben und dann in der Umsetzung zu gucken, was man entsprechend realisieren kann und dort entsprechend Leute zu beeindrucken. Mir gefällt tatsächlich diese Art von vornherein der Herangehensweise an der Stelle nicht und das ist uns zu reißerisch und da werden wir uns dann enthalten. Danke.

Herr Pieloth

Gibt es noch Wortbeiträge? Die sehe ich nicht. Kommen wir zur Abstimmung. Nochmal zur Wiederholung. Die Grünen haben den Änderungsantrag vom Volt/Mitbürger übernommen. Und die Linken übernehmen diesen geänderten Änderungsantrag der Grünen. Gut. So kommen wir jetzt zur Abstimmung über die Ausstattung öffentlicher Spielplätze mit inklusiven Spielgeräten.

Wer ist dafür, dass dieser Antrag angenommen wird? Bitte ich um Ihr Handzeichen. Wer ist dagegen? Enthaltungen? Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich angenommen.

Ende Wortprotokoll

Abstimmungsergebnis: zugestimmt nach Änderungen

Beschlussempfehlung:

Beschlussvorschlag:

~~Die Verwaltung wird beauftragt, bei den jährlichen Komplettsanierungen, Neugestaltungen bzw. Neuanlegungen von öffentlichen Spielplätzen mindestens einen Spielplatz mit inklusivem Spielgerät neu auszustatten.~~

~~In die Planung und Durchführung sind der Kinder- und Jugendrat, der Jugendhilfeausschuss und der Behindertenbeirat einzubeziehen. Ziel ist es, in jedem Stadtteil zukünftig mindestens einen Spielplatz mit inklusivem Spielgerät vorzuhalten. Für die Finanzierung sind die Mittel für die Spielplatzsanierungen sowie die evtl. möglichen Fördermittel einzubeziehen.~~

Der Beschlussvorschlag wird geändert und erhält die folgende Fassung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Rahmen der anstehenden 4. Fortschreibung der Spielflächenkonzeption der Stadt Halle (Saale) die Ausstattung mindestens eines Spielplatzes in jedem Stadtteil mit mindestens einem inklusiven Spielgerät als Zielaufzunehmen und Standortvorschläge für öffentliche Spielplätze mit mindestens einem inklusiven Spielgerät in bisher unversorgten Stadtteilen vorzulegen. In die Standortauswahl sind der Kinder- und Jugendrat und der Behindertenbeirat ein zu beziehen.

Der Beschlussvorschlag wird geändert und erhält die folgende Fassung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Rahmen der anstehenden 4. Fortschreibung der Spielflächenkonzeption der Stadt Halle (Saale)

1. die Ausstattung mindestens eines Spielplatzes in jedem Stadtteil mit mindestens einem inklusiven Spielgerät als Ziel aufzunehmen und Standortvorschläge für öffentliche Spielplätze mit mindestens einem inklusiven Spielgerät in bisher unversorgten Stadtteilen vorzulegen. In die Standortauswahl sind der Kinder- und Jugendrat und der Behindertenbeirat ein zu beziehen;

2. die Schaffung mindestens eines umfassend inklusiv gestalteten und ausgestatteten Spielplatzes pro ISEK-Raum als Ziel aufzunehmen und entsprechende Standortvorschläge vorzulegen. Bei der Auswahl der Standorte soll der Erreichbarkeit der Spielplätze besondere Bedeutung zugemessen werden. In die Standortauswahl sind der Kinder- und Jugendrat und der Behindertenbeirat einzubeziehen;

3. zur Herstellung eines in herausragendem Maße inklusiv gestalteten und ausgestatteten Spielplatzes mit Anziehungskraft über die Stadtgrenzen hinaus an einem möglichst zentral gelegenen Ort im Stadtgebiet eine Bewerbung mit einem freigeinnützigen Partner bei der Aktion „Stück zum Glück“ zu prüfen. Das Prüfergebnis ist dem Stadtrat zusammen mit der vierten Fortschreibung der Spielflächenkonzeption vorzulegen.

zu 8.1.1 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Ausstattung öffentlicher Spielplätze mit inklusiven Spielgeräten; BV VIII/2025/00924**
Vorlage: VIII/2025/01325

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird geändert und erhält die folgende Fassung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Rahmen der anstehenden 4. Fortschreibung der Spielflächenkonzeption der Stadt Halle (Saale) die Ausstattung mindestens eines Spielplatzes in jedem Stadtteil mit mindestens einem inklusiven Spielgerät als Ziel aufzunehmen und Standortvorschläge für öffentliche Spielplätze mit mindestens einem inklusiven Spielgerät in bisher unversorgten Stadtteilen vorzulegen. In die Standortauswahl sind der Kinder- und Jugendrat und der Behindertenbeirat einzubeziehen.

~~Die Verwaltung wird beauftragt, bei den jährlichen Komplettsanierungen, Neugestaltungen bzw. Neuanlegungen von öffentlichen Spielplätzen mindestens einen Spielplatz mit inklusivem Spielgerät neu auszustatten. In die Planung und Durchführung sind der Kinder- und Jugendrat, der Jugendhilfeausschuss und der Behindertenbeirat einzubeziehen. Ziel ist es, in jedem Stadtteil zukünftig mindestens einen Spielplatz mit inklusivem Spielgerät vorzuhalten. Für die Finanzierung sind die Mittel für die Spielplatzsanierungen sowie die evtl. möglichen Fördermittel einzubeziehen.~~

zu 8.1.1.1 **Änderungsantrag der Fraktion Volt / MitBürger zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion DIE LINKE zur**

**Ausstattung öffentlicher Spielplätze mit inklusiven Spielgeräten (BV:
VIII/2025/00924)
Vorlage: VIII/2025/01611**

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird geändert und erhält die folgende Fassung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Rahmen der anstehenden 4. Fortschreibung der Spielflächenkonzeption der Stadt Halle (Saale)

1. die Ausstattung mindestens eines Spielplatzes in jedem Stadtteil mit mindestens einem inklusiven Spielgerät als Ziel aufzunehmen und Standortvorschläge für öffentliche Spielplätze mit mindestens einem inklusiven Spielgerät in bisher unversorgten Stadtteilen vorzulegen. In die Standortauswahl sind der Kinder- und Jugendrat und der Behindertenbeirat einzubeziehen;
2. **die Schaffung mindestens eines umfassend inklusiv gestalteten und ausgestatteten Spielplatzes pro ISEK-Raum als Ziel aufzunehmen und entsprechende Standortvorschläge vorzulegen. Bei der Auswahl der Standorte soll der Erreichbarkeit der Spielplätze besondere Bedeutung zugemessen werden. In die Standortauswahl sind der Kinder- und Jugendrat und der Behindertenbeirat einzubeziehen;**
3. **zur Herstellung eines in herausragendem Maße inklusiv gestalteten und ausgestatteten Spielplatzes mit Anziehungskraft über die Stadtgrenzen hinaus an einem möglichst zentral gelegenen Ort im Stadtgebiet eine Bewerbung mit einem frei-gemeinnützigen Partner bei der Aktion „Stück zum Glück“ zu prüfen. Das Prüfergebnis ist dem Stadtrat zusammen mit der vierten Fortschreibung der Spielflächenkonzeption vorzulegen.**

~~Die Verwaltung wird beauftragt, bei den jährlichen Komplettsanierungen, Neugestaltungen bzw. Neuanlegungen von öffentlichen Spielplätzen mindestens einen Spielplatz mit inklusivem Spielgerät neu auszustatten. In die Planung und Durchführung sind der Kinder- und Jugendrat, der Jugendhilfeausschuss und der Behindertenbeirat einzubeziehen. Ziel ist es, in jedem Stadtteil zukünftig mindestens einen Spielplatz mit inklusivem Spielgerät vorzuhalten. Für die Finanzierung sind die Mittel für die Spielplatzsanierungen sowie die evtl. möglichen Fördermittel einzubeziehen.~~

**zu 8.2 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion auf Benennung des Schülerwohnheims der Stadt Halle (Saale) nach Heiko Runge
Vorlage: VIII/2025/01175**

Frau Schmidt brachte den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion ein und begründete diesen.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss eine andere Zusammensetzung hat als andere Ausschüsse, einschließlich der stimmberechtigten Mitglieder. Diese sollten die Chance erhalten, mehr zum Antrag zu erfahren.

Frau Pilz erkundigte sich, was das Schülerwohnheim zum dem Sachverhalt sagt.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass es derzeit kein Schülerwohnheim gibt. Der vorgeschlagene Name wurde von der Verwaltung positiv eingeschätzt. Neue Räume bei einer kommunalen Wohnungsgesellschaft dienen der Unterbringung von Schülerinnen und Schülern. Sie sagte, dass der Stadtrat den Auftrag hat, weitere Plätze zu schaffen, was zukünftiges Verständnis für ein mögliches Schülerwohnheim eröffnet. Der Antrag sollte dies in seiner Begründung einbeziehen; dann wäre auch der Zeitpunkt für die Namensverleihung denkbar.

Frau Schmidt wies darauf hin, dass der Antrag keinerlei Fristen enthält und somit keine Eile besteht,

Frau Ranft erkundigte sich bei Frau Schmidt, warum die CDU-Stadtratsfraktion empfiehlt, einen Namen zu vergeben, obwohl noch keine konkrete Unterkunft oder Straße feststeht. Des Weiteren sei unklar, ob überhaupt ein Gebäude oder Denkmal vorhanden sein wird. Sie hinterfragte, warum man frühzeitig einen Namen vergeben soll, bevor wesentliche Details geklärt sind.

Frau Schmidt wies darauf hin, dass es bereits dezentral gelegene Schülerwohnheime mit eigener Organisation und Briefkopf gibt. Sie schlug vor, mit Bedacht zu handeln, wann der richtige Zeitpunkt ist, um Änderungen vorzunehmen. **Frau Schmidt** hält eine Erinnerung an einen jungen Mann, der an der Grenze gestorben ist, als potenziell sinnvollen Vorschlag für die Benennung eines Schülerwohnheims.

Herr Frolow teilte mit, dass sich das Schülerwohnheim in einem gemieteten Wohnhaus befindet. Es wurde von der GWG angemietet und ist unabhängig von möglichen Erweiterungen in die Verwaltungsstrukturen integriert. Er wies darauf hin, dass es sich hierbei um eine betriebserrlaubnispflichtige Einrichtung der Jugendhilfe nach dem SGB VIII handelt. Für den Antrag sei es unproblematisch, an welchem Objekt eine Benennungsplakette angebracht wird.

Herr Heym betonte, dass der Schwerpunkt des Themas auf der Zielgruppe von potenziell nutzenden Schüler und Schülerinnen eines Wohnheims liegt. Dabei spielt es keine Rolle, ob bereits ein Schülerwohnheim existiert oder nicht. **Herr Heym** bemerkte, dass ein starkes Interesse an diesem Thema besteht und das Anliegen unterstützt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass Herr Pieloth um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die Benennung des Schülerwohnheims der Stadt Halle (Saale) im Gustav-Weidanz-Weg in „Schülerwohnheim Heiko Runge“.

**zu 8.3 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion das Gesamtkonzept der Einrichtung des DRK in der Paul Singer Straße betreffend
Vorlage: VIII/2025/01295**

Auf Antrag des Stadtrates Herrn Heym wurde zu folgendem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Pieloth

Kommen wir zum Punkt 8.3 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion das Gesamtkonzept der Einrichtung des DRK in der Paul-Singer-Straße betreffend. Herr Backmund, bitte.

Herr Backmund

Vielen Dank, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Die Verwaltung verweist auf den Betreiber des DRK und betont, dass der Brandanschlag beweise, dass die Gefahr gegen die Bewohner gerichtet sei und nicht von ihnen ausgehe. Dies ist insoweit infam, da man leider den Täter nicht dingfest machte und daher gar nicht weiß, aus welcher Richtung der Brandanschlag kommt. Insgesamt ist, dass die Bedenken der Anwohner nicht aufgreifende Kommunikationsverhalten der Verwaltung für ein vertrauensvolles, friedliches Miteinander ungeeignet.

Die von uns hier vorgeschlagenen Maßnahmen sollen Akzeptanz und Vertrauen wiederherstellen und dauerhaft sichern. Das bisherige Vorgehen der Verwaltung kritisieren wir und weisen insbesondere die implizierte Behauptung, die Gefahr wäre ausschließlich in eine Richtung denkbar als lebensfremd zurück.

Hier lebt sich vielmehr die bekannt anmaßende, arrogante und vollkommen einseitige Herangehensweise mit der Kommunikation mit der Bevölkerung, der Betreuer und Mitarbeiter der Stadtverwaltung exzessiv aus.

Ich übersetze mal ganz kurz. Frau Brederlow, wir waren beide bei der Veranstaltung. Die Lage dort war hiesig und ich sage mal, da gibt es immer noch viele Bewohner in Reideburg, die nicht wissen, was da passiert. Die Stadtverwaltung hat dahingehend große Fehler gemacht mit dem Informationsfluss. Und wir verlangen hier nichts Anderes, außer eine, ich sage es mal, Infoveranstaltung, wo den Bürgern von Reideburg erklärt wird, was die Jugendlichen dort machen. Es gab einen Tag der offenen Tür, der quasi kaum bis gar nicht beworben worden ist.

Viele wissen es nicht oder wussten es nicht. Es hing dann auf einmal, ich sage mal, Werbung draußen, das war's. Und viele Reideburger wussten gar nicht, dass da was ist. Und das ist ja auch nicht zu viel verlangt. Einfach mal wirklich eine beworbene Infoveranstaltung, wie es mit Frau Brederlow war, einfach nochmal neu zu starten. Vielen lieben Dank.

Herr Pieloth

So, Ihre Beiträge. Ich habe jetzt erst mal Frau Schmidt aufgeschrieben.

Frau Schmidt

Ja, ich habe mit dem Träger auch nochmal gesprochen. Ja, nach der Veranstaltung, bei der leider nicht alle Anwohner teilnehmen konnten, weil der Raum zu klein war, hat es ja im Nachgang diesen Tag der offenen Tür gegeben. Und hier gibt es auch eine große Offenheit, natürlich, wenn der Bedarf besteht, auch weitere Informationen in die Bevölkerung zu geben, beziehungsweise ins Gespräch zu kommen, sodass hier womöglich Unsicherheiten bei den Anwohnern auch besprochen werden können, beziehungsweise dann auch bemerkt werden kann, dass es in der Regel keine Probleme gibt bei sowas. Ich wohne direkt gegenüber von so einer Einrichtung. Ja, wir haben alle paar Wochen mal ein Polizeiauto dastehen, das sehen wir. Wir sehen auch manchmal drei, vier Jugendliche dastehen. Das war's. Also wir werden das ablehnen.

Herr Pieloth

Herr Heym, bitte.

Herr Heym

Ich möchte da noch mal anschließen. Die Stellungnahme auf den Antrag, den wir gestellt haben, die ist ja im Grunde bezeichnend. Man kann ja mit solchen Anliegen verschieden umgehen. Man kann es aufgreifen, sich fragen, warum werden solche Anträge gestellt, wo soll das hinführen, was ist der Hintergrund. Oder man kann die Stellungnahme so schreiben, wie sie geschrieben ist. Ich finde sie tatsächlich komplett daneben. So und jetzt muss man sich quasi auch in die Lage der Betroffenen hineinversetzen. Betroffenen, die der Anwohner, die von jetzt auf gleich mit der Situation umgehen mussten. Und für die sich natürlich eine neue Situation ergab, die sie absolut nicht kannten. Und wo sie auch überhaupt keine Möglichkeiten hatten, entsprechende Erfahrungen zu erfahren.

Dann hat man eine entsprechende Infoveranstaltung gemacht, die im Grunde die Informationen nicht geliefert hat, die es braucht. Und wenn dann in der Einwohnerschaft hier derartiges Vakuum wahrgenommen wird und die sich nicht mitgenommen fühlen, dann ist das Aufgabe der Politik. Das aufzugreifen und zu formulieren. Und das tun wir in diesem Antrag. So was ist im Grunde die Unsicherheit der Leute auf dieser Infoveranstaltung. Ich habe es jetzt leider nur aus dritter Hand. Ich war nicht dabei. Es ist thematisiert worden, inwieweit ist denn die Betreuung vorhanden, wenn die betreuten Jugendlichen aus der Schule kommen.

Der Hintergrund für mich als vernunftbegabten Menschen ist nachvollziehbar. Man hatte ja vor nicht langer Zeit sich mit dem Thema Jugendkriminalität hier in Halle extrem auseinandersetzen müssen, wo eben durchaus als struktureller Grund thematisiert wurde, dass hier entsprechende Angebote fehlten und Jugendliche eben in ihrer Zeit nichts Besseres anzufangen wussten. Und das kann natürlich jeder, der mal in seinem Haushalt Teenager hatte, durchaus nachvollziehen, dass die einen entsprechenden Rahmen und eine Führung brauchen.

Und was hat die Verwaltung oder die damit Betrauten davon abgehalten, den Leuten mal zu erklären, wie so ein Tag dort für so einen untergebrachten Jugendlichen abläuft, um genau diese Bedenken, die die Bevölkerung hat an der Stelle, irgendwo zu kanalisieren und der entgegenzuwirken und hier ein gewisses Vertrauen aufzubauen. Die Veranstaltung, wie sie mir berichtet wurde, war tatsächlich in einer Art, naja, wo man eben sagen muss, das ist nicht hilfreich und gefällt im Grunde jemandem, der solche Dinge kommunizieren muss und am Ende die Stadtgesellschaft mitnehmen muss, irgendwann auf die Füße. Weil es als unangemessen und herablassend empfunden wird. Und hier wollten wir mit unserem Antrag im Grunde anknüpfen und im Grunde das heilen, was aus unserer Sicht schiefgelaufen ist. Nicht mehr, nicht weniger. Und deshalb bitten wir hier um Ihre Zustimmung und wenn es in diesem Fall den Bedarf nicht mehr gibt, weil das schon geregelt ist, dann bitte einfach die Notiz in das Stammbuch, liebe Verwaltung. Beim nächsten Mal bitte einmal besser machen.

Herr Pieloth

Ich habe jetzt Frau Ranft.

Frau Ranft

Ich kenne nicht alle Trägervertreter. Ist dann einer da, der sich äußern könnte dazu? Das wäre für mich, also ich stimme es auf keinen, also ich lehne das auf jeden Fall ab. Aber sozusagen für die Einschätzung der Gesamtsituation fände ich das schon irgendwie hilfreich.

Herr Pieloth

Herr Kohlert, bitte.

Herr Kohlert

Ja, ich kann Ihnen soweit sagen, dass ich ein Träger bin, der in Reideburg ansässig ist und täglich vor Ort bin. Und ich kann Ihnen sagen, das einzig Ungewöhnliche, was ich habe, ist, dass ich hin und wieder ein Polizeiauto sehe, was dort Streife fährt. Das ist das einzig Ungewöhnliche, was ich wahrnehme. Ansonsten kann ich nur sagen, es hat einen Tag der offenen Tür stattgefunden. Und ich weiß, dass die Kollegen vor Ort auch mit den Vertretern, die dort für den Stadtteil stehen, in Kontakt sind. Und dass die Reideburger auch im Prinzip eine Zusammenarbeit oder Unterstützung der dort lebenden jungen Menschen angeboten haben. Das weiß ich, das kann ich Ihnen mit Namen und Hausnummer sogar sagen, weil unser Vorstand selber da involviert ist.

Ich habe mir aber auch das Brandzimmer angeguckt, bevor dort jemand eingezogen ist. Und es hat mich mehr als betroffen gemacht, dass Menschen überhaupt auf die Idee kommen, in ein Kinderzimmer ein Brandsatz zu schmeißen. Und das war nicht nur ein Fenster, das waren zwei. Also, das ist richtig mit Vorsatz passiert. Und das sollte uns zum Nachdenken geben an diese Geschichte. Und das ist etwas, was mir immer noch durch den Kopf geht. Ich kann nur sagen, dass unsererseits, und wir betreiben dort ja immer noch Liegenschaften in Reideburg, dass wir jede Form von Unterstützung dieser Einrichtung zukommen lassen. Und dass die jederzeit Offenheit signalisieren und ganz transparent ihre Arbeit machen. Danke.

Herr Pieloth

Herr Backmund

Herr Backmund

Also nochmal: Es geht darum, wie die Stadtverwaltung an die Sache rangegangen ist. Darum geht es uns. Dass es immer noch Bürger in Reideburg gibt, die einfach Fragen haben und diese Fragen beantwortet haben möchten. Darum geht es uns. Frau Brederlow, wenn Sie mal nachdenken, wie wir beide dastanden und wie Sie und Ihr Kollege Herr Paulsen sich dort gegeben haben, auf wirklich Fragen mit Sorgen, mit einer Überheblichkeit und einer Arroganz, die dann auch quasi widergespiegelt worden ist von den Bürgern. Da können wir doch nicht sagen, wir lehnen das jetzt ab. Also können Sie machen, gerade CDU, viel Erfolg damit. Die haben immer noch Fragen und was ist denn daran schwer, da so eine Veranstaltung nochmal zu machen. Also, ich kapiere es nicht.

Herr Pieloth

Gut, ich würde Frau Brederlow, weil sie direkt angesprochen wurde, das Wort erteilen. Dann ist Frau Manser dran.

Frau Brederlow

Also Herr Backmund, wir waren beide dort und haben das offensichtlich unterschiedlich erlebt und die Rückmeldung anderer Stadträte, die dort waren, war eine andere, als Sie es gerade gesagt haben. Ja, es war eine aufgeheizte Stimmung. Herr Kehr wieder beispielsweise hat sicherlich auch bestimmte Mängel benannt, aber nicht in meine Richtung, das haben Sie gerade gemacht, die hätte ich dann gerne mal bewiesen bekommen. Was dort gemacht wurde, war tatsächlich, dass der Träger versucht hat darzustellen, wie die Betreuung der Jugendlichen erfolgt, und eins müssen wir hier doch mal ganz ehrlich sagen. Ausgangspunkt für die Unsicherheit war die Behauptung, dass dort Asylbewerber hinkommen. Bleiben wir doch mal hier bei der Wahrheit. Und da haben ganz bestimmte politische Kräfte hier diese Situation auch genutzt und das Ganze forciert.

Das muss man an der Stelle ganz deutlich sagen. Und das muss ich sagen, ist tatsächlich, da erwarte ich auch, dass diejenigen, die in der Thematik sind, auch eine entsprechende Position zeigen. Und auch die Verantwortung der Stadträte, die ja durchaus versprochen haben, die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland einzuhalten. Zu den Sachen, die Sie hier verlangen, wir hätten auch auf diesen Antrag ganz anders reagieren können. Das ist nämlich Sache der Verwaltung, des Hauptverwaltungsbeamten, wie die Arbeit der Verwaltung ist. Wir haben ganz bewusst gesagt, wir nehmen hier tatsächlich zu diesem Antrag Stellung. Und die haben die Stellung genommen, die Gefahr, die momentan reell von denen dort ausging, war tatsächlich in Richtung der Kinder- und Jugendeinrichtung und nicht aus der Kinder- und Jugendeinrichtung heraus. Und Herr Heym, wenn Sie als langjähriges Mitglied im Jugendhilfeausschuss hier sagen, von Kindern und Jugendlichen, die in stationärer Unterbringung sind, geht die Gefahr von Kriminalität aus, also, wenn man von Jugendkriminalität redet, in erster Linie die zu sehen, da gibt die Statistik aber ganz was Anderes her.

Herr Pieloth

Weil Herr Heym jetzt direkt, wollte ich gerade sagen, direkt angesprochen wurde, darf er vorweg und dann Frau Manser.

Herr Heym

Jetzt geht es. Ich weiß nicht, wann ich das gesagt habe, Frau Brederlow. Deswegen beantrage ich jetzt hier mal Wortprotokoll, weil das wäre mir vollkommen fremd. Ich habe zum Ausdruck gebracht, dass wir den Kontext Jugendkriminalität zeitlich relativ nah an diesem Ereignis hatten und die Ängste in der Bevölkerung bereits vorhanden waren.

Und das Thema ist nicht zentral untergebracht, sondern „Jugendliche“ ist der Oberbegriff. Das haben Sie entweder falsch verstanden oder es hat in Ihren Vortrag gepasst. Sie haben ja auch eine bestimmte politische Richtung angreifen wollen. Ich weise im Übrigen auch zurück, dass aus unserer Richtung das kam. Wir haben, ja, aber das machte jetzt den Eindruck, wir haben es nur aus der Bevölkerung aufgegriffen und der Herr Backmund hat sich sehr engagiert bemüht, genau das abzarbeiten und diese Ängste mit abzubauen, zu vermitteln. Das haben Sie hier auch überhaupt nicht zum Ausdruck gebracht. Und die Behauptung, dass alle anderen Stadträte, die bei der Veranstaltung waren, damit konformgingen, wie Sie es empfunden haben, auch das halte ich tatsächlich für im Bereich der Sage angesiedelt.

Unsere Information und die Kommunikation, die wir erreichten, waren anders. Und ich kann es Ihnen noch gezielt sagen, Sie haben ja nachgefragt, die Art, wie Bürger sich dort sorgenvoll äußern, vielleicht auch erregt, ich weiß es nicht, war nicht dabei. Und mit der Kommunikation durch die Stadtverwaltung beauftragte Mitarbeiter haben nichts anderes zu tun, als im Handy zu klimpern und dann zum Ausdruck zu bringen: „Ja, was soll bei den Jugendlichen sein, das kennen sie doch alles von zu Hause.“ Das ist tatsächlich keine qualifizierte Art, mit den Bürgern dort umzugehen. Und das kritisieren wir. Ich habe es versucht, durch die Blume zu sagen. Ich hätte es so konkret heute nicht machen müssen. Ich dachte, die Selbstreflexion wäre vorhanden. Wenn Sie das wünschen, hier haben Sie dann quasi den Vortrag entsprechend.

Herr Pieloth

Gut, auf meiner Redeliste sind Frau Manser, Herr Backmund und ich.

Frau Manser

Ja, ich bin auch nicht dort gewesen. Ich habe gerade zu meinem Nachbarn gesagt, ich finde es gut, wenn wir drüber reden. Und ich denke, und das höre ich jetzt auch, wir sind so gegenseitig enttäuscht von der Art und Weise der jeweils anderen. Ja, Sie sagen, die

Menschen hätten Sorgen geäußert und sie hätten arrogantes Verhalten erlebt, ja, und herabwürdigendes Verhalten. Und ich habe meine Kollegin vom DRK angerufen, nachdem ich so eine Zeitung gelesen hatte, und die hat das auf der anderen Seite so erlebt. Und meine Frage ist: Wie können wir das hinkriegen, dass wir uns gegenseitig im Respekt tatsächlich Fragen stellen? Weil ich glaube, die würde die Verwaltung auch beantworten.

Ich kann auf der Sachebene mal sagen, mit dem Gesamtkonzept, was Sie sich wünschen: Wenn man eine Einrichtung aufmacht als Träger, reicht man ein Konzept ein, dann muss man zum Landesverwaltungsamt, dann bekommt man sehr, sehr, sehr, sehr, sehr viele Auflagen, wo man sicher sein kann, dass ausreichend Betreuungspersonal ist und für die Sicherheit aller gesorgt ist. Eher ist es eine Schwierigkeit, so eine Einrichtung in einem Wohngebiet zu etablieren, weil sich Menschen gestört fühlen von Kindern, die keine Erziehungsberechtigten haben. Das ist ja schon was, was ein trauriger Sachverhalt ist. Und ich würde es so gerne in Halle hinkriegen, dass wir miteinander im Austausch bleiben über solche Fragen, sonst werden wir keine gute Zukunft haben. Ja, ich habe jetzt gar keine Frage. Ich wollte das mal sagen.

Und ich glaube, Frage und Antwort traue ich der Verwaltung zu und traue ich Ihnen auch zu. Danke.

Herr Pieloth

Herr Backmund, bitte.

Herr Backmund

Ja, also erstmal vielen lieben Dank für das Angebot, das ist echt stark, das muss ich echt mal betonen. Wie gesagt, es ging, weil das immer auch von Ihnen, gerade Frau Brederlow, in so eine Richtung geht, ja, da geht es um die UMAs oder minderjährige Geflüchtete, darum geht es uns nicht. Und nochmal zum Mitschreiben, es geht uns darum, wie mit der Sache umgegangen worden ist, wie es gestartet ist und wie die Infoveranstaltung war. Ja, ich bin mir ziemlich sicher, ziemlich sicher, dass das nicht alle Stadträte so gesehen haben, wie sie es gerade beschrieben haben und wenn das so nur eine aufgeheizte Stimmung war, sie mussten von der Polizei raus eskortiert werden, so aufgeheizt war die Stimmung. Sie sind natürlich, also Frau Brederlow, ich habe sie auch dort wahrgenommen, sie war dann komplett überfordert.

Also da können Sie jetzt mit dem Kopf schütteln, wie Sie wollen. Also können wir gerne machen. Aber das entspricht nicht der Wahrheit. Ganz einfach.

Herr Pieloth

Gut, also Frau Brederlow, da sie nochmal angesprochen wurde, darf nochmal direkt darauf antworten.

Frau Brederlow

Also, ich habe es ja vorhin gesagt, das haben andere anders oder differenzierter wahrgenommen. Ich will es mal anders formulieren. Ich war definitiv nicht überfordert. Das weiß ich von mir. Und im Gegensatz zu anderen haben wir mit den Bürgern, die draußen standen, noch gesprochen. Warum die Polizei da stand, war ich selbst überrascht, weil die hatten wir nicht angefordert. Das Ordnungsamt war da, die waren die ganze Zeit da. Wir sind auch mitnichten raus eskortiert worden. Wie gesagt, wir haben mit den Bürgern, die keinen Zutritt hatten, dort noch lange draußen geredet. Das will ich hier also auch mal klarstellen.

Wir scheuen uns nicht davor, tatsächlich mit Bürgern zu reden. Aber nochmal, man muss ja den konkreten Anlass auch sehen.

Es mag sein, dass der eine oder andere Mitarbeiter der Verwaltung hier auch arrogant rübergekommen ist, so formulieren sie es ja. Aber dass es die komplette Stadtverwaltung und das würde ja dann den entsprechenden Träger miteinschließen betrifft, das weiß ich hier von mir, weil das ist tatsächlich falsch. Das ist schlichtweg falsch. Und ich mache auch nochmal aufmerksam, das dürfte vielleicht auch im Protokoll des Stadtrates zu sehen sein, dass wir ja durchaus eingeräumt haben, dass im Vorfeld Fehler gemacht wurden. Auch das haben wir, als die Einwohnerfragestunde und das entsprechende Thema war, also was heißt wir, ich, ja dann auch zugeben, dass da durchaus manches hätte anders laufen können.

Aber nochmal, das ist jetzt etwas, da bin ich bei Frau Manser und gucke auch durchaus in Richtung der freien Träger, das ist ein Thema, da muss man wahrscheinlich auch anders mit umgehen. Weil es ist ja kein Frage-Antwort-Spiel, Frau Manser, sondern Sie sind als Sachkundige hier, eben, weil Sie als freier Träger da auch die Verantwortung mittragen und das muss man möglicherweise tatsächlich mal mit den Trägern besprechen, wie bestimmte Informationen rüberkommen. Weil das Konzept, also so wie Sie es hier beantragen. Da verweise ich zu Recht immer wieder auf die Träger, weil das ist der Träger, der das Konzept hat. Wir bewilligen diese Einrichtung auch nicht, das macht das Land. Die prüfen das. Also wenn man sich mit dem Jugendhilferecht da auseinandersetzt, sieht man auch die Zuständigkeiten. Aber nochmal, ja, es ist am Anfang, Anfang des Jahres, Ende letzten Jahres, hätten erste Informationen sicherlich rausgekonnt, aber nur in Zusammenarbeit mit dem Träger.

Herr Pieloth

Gut, als Sitzungsleitung kurz der Hinweis, dass ich das Gefühl habe, dass wir uns langsam wiederholen, dass dazu jetzt mein Beitrag kurz. Also ich finde es spannend zu sehen, dass eben auch jetzt Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe mehr darauf fokussiert sein müssen, wenn sie Einrichtungen eröffnen, dass eben auch nochmal die Bevölkerung ringsherum mit angesprochen einbezogen wird.

Ich selbst habe die anderen Kinder- und Jugendeinrichtungen ebenso, auch diese Einrichtungen besucht und habe mich auch dort kundig gemacht, konnte sehen, wie das Zimmer auch wiederhergestellt wurde und habe eben auch wahrgenommen, dass dort eine familiäre Struktur vorherrscht, die den Kindern angeboten wird und den Jugendlichen und gleichzeitig aber auch, dass ein Teil der Reideburger auch offensiv sozusagen auf die Einrichtung geht, mit den Einrichtungen zusammenarbeitet, im Sinne auch von Kooperationen, Sportvereinen und dort auch Kontakte mit positiv aufnimmt. Das meinerseits dazu. So, Herr Heym, Entschuldigung.

Herr Heym

Ich möchte mich ausdrücklich bei Frau Manser bedanken, weil genau die Herangehensweise und die Argumentation, die Sie hier vorgetragen haben, die hätten wir uns gewünscht von der Verwaltung, weil der normale Bürger da draußen kennt natürlich die entsprechenden rechtlichen Vorgaben, die Rahmenbedingungen und welche Auflagen vorhanden sind und erfüllt werden müssen, nicht. Und aus unserer Sicht, und darum geht der Antrag eigentlich ja in die Richtung, hätte das kommuniziert werden müssen und auch sollen. Da will eigentlich unser Antrag auch hin, wir hätten den eigentlich heute hier nicht besprochen, das war durch eine Verweisung der CDU, ich bin am Ende dankbar, dass das so gelaufen ist. Und vielleicht

kann man wenigstens aus der Diskussion und aus der Gemengelage mitnehmen, dass man es beim nächsten Mal entsprechend kommuniziert. Ich denke, da ist im Grunde ein Kommunikationsdefizit vorhanden, weil die Bedürfnisse jeweils anderen, Sie haben es ja irgendwo angerissen, nicht so klar sind. Und vielleicht kommen wir in diesen Austausch, indem wir uns vorab verständigen, wo denn eigentlich die entsprechenden, oder welche Informationen wir brauchen und das beginnt eben tatsächlich in einem respektvollen Zuhören. Da haben Sie recht und da bin ich jederzeit mit ihnen konform. Vielen Dank.

Herr Pieloth

Frau Manser noch, bitte.

Frau Manser

Ich hoffe, es wird ein Schlusswort. Und genau diesen sachlichen Ton habe ich eben bei Frau Brederlow gehört. Ich habe auch gehört, dass er eingeräumt hat, dass da Fehler liefen. Das hat ja mit Zuhören eben auch zu tun. Ich wünsche mir das. Ich höre auch Sie jetzt als sehr verständnisvoll. Ich möchte noch mal zum Schluss sagen, hätte ich ein Konzept für meine Inobhutnahme jemandem zeigen müssen, weil Zweifel daran ist, dass wir das mit den Kindern, also man hört ja Zweifel, wenn man ein Konzept offenlegen muss. Das hätte mir auch was ausgemacht. Und ich glaube, was bei uns allen hängen geblieben ist, dass da auf einem großen Laken stand, „Nein zum Heim“. Und das hat mich sehr, sehr, sehr betroffen gemacht. Und ich hoffe, dass wir mit Kommunikation hinkriegen, dass so eine Plakate und Laken nicht mehr nötig sind.

Herr Pieloth

Gut, ich sehe keinerlei Wortbeiträge. Wir haben uns dazu ausgesprochen. Kommen wir zur Abstimmung über den Antrag 8.3. Wer ist dafür, dass dieser Antrag angenommen wird? Ich bitte um Ihr Handzeichen. Wer ist dafür, dass der Antrag abgelehnt wird? Ich bitte um Ihr Handzeichen. Wer ist für Enthaltung. Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ende Wortprotokoll

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert das pädagogische Konzept und die Gesamtzielsetzung der Unterbringung in der Jugendhilfeeinrichtung in Reideburg in einem Rahmen vorzustellen, an dem alle Reideburger teilnehmen können. Hier sind insbesondere die Aspekte darzulegen, die die Sicherheitsbedürfnisse der Anwohner betreffen.

zu 9 Mitteilungen

**zu 9.1 Bericht über den aktuellen Umsetzungsstand im Projekt Regio Aktiv
Vorlage: VIII/2025/01081**

Herr Rantzsch informierte anhand einer Präsentation über den aktuellen Umsetzungsstand im Projekt Regio Aktiv.

Die Präsentation ist im Session hinterlegt.

Frau Haupt stellte fest, dass viele Menschen durch die Projekte bewegt werden. Sie erklärte, dass der Zugang vorwiegend über das Jobcenter und auch über Schulen erfolgt. **Frau Haupt** bat darum, das Verfahren dazu genauer zu erläutern. Des Weiteren sieht Frau Haupt bei jüngeren Menschen eine mögliche Zusammenarbeit mit den dezentralen Jugendbüros und möchte wissen, ob eine solche Zusammenarbeit besteht oder geplant ist.

Herr Rantzsch teilte mit, dass die Richtlinie zwei Hauptbereiche hat. Das erste Fördersegment umfasst Fördermöglichkeiten im Übergang von Schule zu Beruf, wobei drei zentrale Projekte an Schulen vorgesehen sind, die von der Bundesagentur für Arbeit kofinanziert werden. Das zweite große Standbein betrifft die Langzeitarbeitslosigkeit. Er wies darauf hin, dass es zusätzliche Strukturen gibt. Das sind Projekte, die kommunal getragen werden, sowie Ideenwettbewerbe, aus denen sich Träger bewerben können. Dazu müssen die Projekte halbjährliche Sachberichte vorlegen. Des Weiteren wird großer Wert auf die Vernetzung der Beteiligten gelegt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 9.2 Handlungsempfehlungen des Bildungsbeirates Halle (Saale) zur Unterstützung außerschulischen Lernens Vorlage: VIII/2025/01508

Herr Kramer informierte anhand einer Präsentation über die Handlungsempfehlungen des Bildungsbeirates Halle (Saale) zur Unterstützung außerschulischen Lernens.

Die Präsentation ist im Session hinterlegt.

Es gab keine Fragen.

**zu 9.3 Bericht Schulsozialarbeit und Netzwerkstelle Schulerfolg für Halle -
Berichtszeitraum 01.09.2024 - 31.08.2025
Vorlage: VIII/2025/01559**

Herr Klinger informierte anhand einer Präsentation zur Schulsozialarbeit und Netzwerkstelle Schulerfolg für Halle - Berichtszeitraum 01.09.2024 - 31.08.2025.

Die Präsentation ist im Session hinterlegt.

Herr Raabe bezog sich auf die aktuellen 75 Stellen. Er erkundigte sich, wie diese besetzt sind und ob eine Fluktuation festgestellt werden kann.

Herr Klinger teilte mit, dass die Stellen hauptsächlich alle besetzt sind. Eine Fluktuation ist bei attraktiven Gegenangeboten von Stellenbesetzungen, wie z.B. bei Ausschreibungen vom Bildungsministerium, festzustellen.

Frau Krause bezog sich auf das neue Projekt „Schulabsentismus“. Sie stellte fest, dass acht Schulen daran beteiligt sind. Frau Krause erkundigte sich, ob die Einführung der neuen Software erfolgreich war, um den sogenannten Papiergramm verknüpfen zu können. Des Weiteren wies sie darauf hin, dass es eine Ankündigung einer Berufsschule gab, die das Projekt mit allen Schulen umsetzen wollte. Sie fragte, ob die Berufsschule daran festhält.

Herr Klinger erläuterte, dass das Frühwarnsystem als Handlungsempfehlung dienen soll und von allen bestehenden Systemen genutzt werden kann. Die Einfachheit und Praktikabilität wurden von der Unterarbeitsgruppe und der AG 78 geprüft und festgestellt. Er wies darauf hin, dass der vorhandene Papierkram nicht vollständig ersetzt werden könnte, da rechtliche Grundlagen bestehen, wie beispielsweise die Entbindung der Schweigepflicht, der Krisenordner und der Runderlass. Es werden Handlungsempfehlungen gegeben zum frühzeitigen Erkennen und Umgang mit Schulabsentismus. Des Weiteren teilte er mit, dass die Berufsschule an ihrem Vorhaben festhält.

Herr Raabe bat um eine Information zum aktuellen Stellenbesetzungsplan.

Herr Klinger sagte eine schriftliche Antwort zu.

Herr Klinger erläuterte, dass es sich fachlich um das Thema Schulsozialarbeit handelt, das alle Bundesländer und Schulen beschäftigt. Schulsozialarbeit wirkt durch die jeweiligen Rahmenbedingungen an Schulen, die sich zwischen Schulformen, Schulen, Schulleitungen und Fachkräften unterscheiden. Er sagte, dass manche Maßnahmen an einem Ort besser funktionieren, weil ihnen dort mehr Raum gegeben wird. Es hängt auch davon ab, wie gut das Team zusammenarbeitet und wie die Schulsozialarbeit angebunden ist. Es gibt zahlreiche Handlungsempfehlungen und Leitfäden aus den Bundesländern, die Maßnahmenkataloge zu Schulabsentismus bereitstellen. **Herr Klinger** betonte, dass Schulsozialarbeit eine Wirkung entfalten kann, es aber stark von den vorhandenen Rahmenbedingungen abhängt. Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 9.4 Zwischenstand zum Stadtratsbeschluss VII/2023/05529 der Fraktion MitBürger & Die PARTEI und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für einen fairen Zugang zur Kindertagesbetreuung für benachteiligte Kinder Vorlage: VIII/2025/01579

Der Zwischenstand zum Stadtratsbeschluss VII/2023/05529 der Fraktion MitBürger & Die PARTEI und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für einen fairen Zugang zur Kindertagesbetreuung für benachteiligte Kinder wurde zur Kenntnis genommen.

Dieser ist im Session eingestellt.

Herr Raabe verwies auf den Passus in der Informationsvorlage, dass der Maßnahmenkatalog den Stadträten zur Verfügung gestellt wird. Im ursprünglichen Beschluss wurde erwähnt, dass der Maßnahmenkatalog als Beschlussfassung den Stadträten vorgelegt werden soll. Er bat um Erklärung.

Herr Frolow teilte mit, dass hierzu eine Beschlussfassung der Verwaltung angestrebt wird. Dieser Vorgang gibt Handlungssicherheit.

Es gab keine weiteren Fragen.

zu 10 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 11 Anregungen

Frau Goy teilte mit, dass noch Anmeldungen zum Planspiel am 10.09.2025 möglich sind.

Da es keine weiteren Anregungen gab, beendete **Herr Pieloth** die öffentliche Sitzung und bat um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Philipp Pieloth
Ausschussvorsitzender

René Lukas
Protokollführer